



Wir sind nicht allein!
Sylvia Locher (r.) wirbt
in der Schweiz für die
Interessen von Singles;
Gunda Windmüller hat
eine Streitschrift für
Alleinstehende
veröffentlicht



Freiwild für den Fiskus

Mehr als 18 Millionen **Singles** gibt es in Deutschland, viele sind Leistungsträger, Gutverdiener, üppige Steuerzahler. Die Politik braucht sie dringend – und ignoriert sie trotzdem. Auch in diesem Wahlkampf.

TEXT MAX HAERDER

Oh. Die eine Silbe reichte Gunda Windmüller. Oh. Da war sie, diese Mischung aus Erstaunen, einer Spur Mitleid und ein wenig Abschätzung aus dem Munde einer Bekannten – und das nur, weil sie auf der Bilderbuchhochzeit einer Freundin an der Bar auf die Frage „Und wie hast du geheiratet?“, mit der Wahrheit geantwortet hatte: „Gar nicht.“

Oh. Es klang wie: Oje.

Die Anekdote liegt ein paar Tage zurück. Windmüller erzählt sie heute mit einigem Abstand ebenso lässig wie belustigt, aber doch mit ein bisschen Restwut. Denn Mitleid, sagt sie, müsse mit ihr niemand haben, sie selbst sähe sich und ihr Leben ganz anders. Im Grunde könnte sie ihrer Thekenbekanntschaft sogar dankbar sein: Dieses „Oh“ war der letzte Ruck, den die Publizistin brauchte, um ihr Buch zu beginnen. Der Titel: „Weiblich, ledig, glücklich – sucht nicht.“

Windmüller versteht ihr Werk als Streitschrift für Singles. Wird unsere Gesellschaft nicht eigentlich immer liberaler? Gesellen sich neben die traditionelle Familie nicht längst alle möglichen Lebenswege und Lebenspaarungen? Ja. Und doch irgendwie immer noch nein, ist jedenfalls ihr Eindruck. Singles, gerade Frauen, litten weiter unter Klischees, würden stigmatisiert. Das sei nicht nur eine „soziale Frage, sondern auch eine wirtschaftliche“, sagt sie. „Und damit eine politische.“

Singles sind eine Macht, allerdings eine ziemlich stille. Alleinstehende in Deutsch-

land bilden und haben keine Lobby; niemanden, der für sie eintritt, streitet oder ihre Interessen vertritt. Dabei gibt es mehr als 18,5 Millionen Singles, Tendenz seit vielen Jahren steigend, die meisten von ihnen berufstätig, einige sogar sehr erfolgreich, ebenso ambitioniert, engagiert wie motiviert. Als Steuerzahler und wirtschaftliche Leistungsträger sind Singles Stützen der Gesellschaft. Der Staat und seine Haushalte sind extrem auf sie angewiesen. Aber politisch spielen sie trotzdem so gut wie keine Rolle.

Anerkennung: Fehlanzeige

Da macht der Wahlkampf anno 2021 keine Ausnahme. Es geht damit los, dass alle drei Kanzlerkandidat(inn)en verheiratet sind, zwei – Annalena Baerbock und Armin

Laschet – haben Kinder. Ihre Reden drehen sich gerne – und im Übrigen zu Recht – um Alleinerziehende, auch die mehr als 20 Millionen Rentner werden stets mit voller Aufmerksamkeit und meist auch mit Geld beschenkt. Es gab gleich zweimal Kinderboni während der Pandemie, regelmäßige Kindergeldhöhungen sind Standard, auch mehr Elterngeld gehört zu den beliebten Versprechen – und das Ehegattensplitting hat bisher ohnehin jeden Wahlkampf und jede Koalition überlebt. Aber maßgeschneiderte Versprechen oder auch nur ein bisschen Anerkennung für Singles: Fehlanzeige.

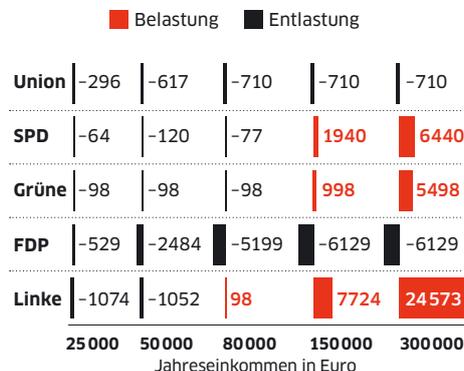
Sie und ihre Art zu leben, sagt Windmüller, „werden von der Politik überhaupt nicht angesprochen“. Immer wieder hat sie das Gefühl, dass da ein nie offen ausgesprochener Vorwurf mitschwingt: „Was haben die der Gesellschaft schon zu geben?“

Sie findet: eine ganze Menge. Arbeiten und Steuern zahlen zum Beispiel. Aber es ist mehr als das. Viele Kinderlose etwa würden ehrenamtlich arbeiten, sich mit um die Kinder von Freunden und Verwandten kümmern oder auch aufopferungsvoll ihre Eltern pflegen, betont die Autorin. Sie selbst erlebe zudem immer öfter, wie in ihrem Bekanntenkreis sehr konkret und sehr ernsthaft über Wohngemeinschaften und Wahlfamilien gesprochen und nachgedacht würde – gerade mit Blick auf ein Älterwerden in Gemeinschaft. „Ich würde mir als Partei das als Thema greifen“, sagt sie, „das sind doch total spannende Entwicklungen.“

Doch im Hier und Jetzt erlebt sie, erleben auch andere nicht nur politische Igno-

WAS DIE PARTEIEN SINGLES VERSPRECHEN (UND WAS NICHT)

Steuerliche Be- und Entlastungspläne aus den Wahlprogrammen nach Jahreseinkommen



FOTOS: VISUM/JENS CYARMATY, EX-PRESS/SILVIAN FESSLER

ranz, sondern ganz profane Nachteile. Der Urlaub allein ist teurer als im Doppelzimmer; Miete und Heizung, die man nicht teilen kann, sind es auch. Und überhaupt: Wenn sie mit ihrem Steuerberater redet, ihre Abzüge sieht, dann ist klar: „Es dürfte gern deutlich weniger sein.“ Sie lacht, aber diesmal klingt es bitter.

Es gibt Zahlen, die das eindrucksvoll belegen. Vor wenigen Wochen veröffentlichte die OECD ihren jährlichen Vergleich der Steuer- und Abgabenlasten in ausgewählten Ländern. Die Bundesrepublik fand sich dort auf einem unrühmlichen allerersten Platz: in keinem anderen Land müssen alleinstehende Arbeitnehmer ohne Kinder mehr Steuern und Sozialbeiträge abdrücken als hierzulande. Während Angestellten im OECD-Schnitt nur rund 25 Prozent des Bruttolohnes abgezogen werden, sind es in Deutschland schon für Durchschnittseinkommen fast 39 Prozent. Der Single ist offenbar ein duldsamer Lastesel des Fiskus.

Nicht im Fokus

Ein bisschen Besserung? Allenfalls in nebliger Ferne, sagt Tobias Hentze. Der Ökonom vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat die Wahlprogramme zur Bundestagswahl gelesen, besonders genau die jeweiligen Passagen zu Steuerpolitik, und dann – so weit möglich – nachgerechnet. Sein Urteil: „Für Singles steckt da keine besondere Botschaft drin.“

Natürlich gehen einige Parteien mit Steuersenkungsversprechen in den Wahlkampf, besonders FDP und Union, und dann, so Hentze, „würden natürlich auch Alleinstehende je nach Einkommen mehr oder weniger entlastet“. Aber sie stünden „sicher nicht gerade im Fokus der Steuerpolitik“.

Hentzes Kalkulationen zufolge würden gering- bis leicht überdurchschnittlich verdienende Solo-Arbeitnehmer nur bei der Linken und den Liberalen nennenswert entlastet (siehe Grafik). Auf üppige Steuernachlässe können dann noch Spitzenverdiener hoffen – allein von der FDP, sofern sie denn das Finanzministerium besetzen und sich darin durchsetzen könnte. SPD, Grüne und Linke hingegen wollen bei sehr hohen Single-Einkommen zum Teil sehr behertzt weniger netto von brutto. Alles in allem, so Hentze, läge der politische Schwerpunkt und Ehrgeiz der Programme entweder auf der Besteuerung von Reichen – oder auf mehr Großzügigkeit gegenüber Familien.

Jenseits des Bundestagswahlkampfes gilt diese Bestandsaufnahme im Steuer- und Abgabenwesen ohnehin schon länger. Grundfreibeträge für Kinder sind verfassungs-

rechtlich geboten, das Ehegattensplitting prämiert seit jeher die Heirat, Angestellte mit Sprösslingen wiederum profitieren von einem geringeren Pflegebeitrag als kinderlose Kollegen und außerdem von der Mitversicherung des Nachwuchses in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Interessenvertretung für Singles, die versuchen könnte, daran etwas zu ändern, existiert in der Bundesrepublik nicht. Sieht man einmal von kuriosen Wutausbrüchen wie jener aussichtslosen Petition mit der Nummer 121610 ab, die dem Deutschen Bundestag vorliegt. Darin wird – in Anlehnung an den Coronakinderbonus – die Zahlung von 150 Euro an Kinderlose gefordert. „Die Eltern brauchen nicht jammern“, heißt



Ergebnis: dünn

Ökonom Tobias Hentze hat nachgerechnet: Entlastungen nach der Wahl gibt es für Familien, kaum für Singles

es in der Begründung des unbekanntenen Antragstellers, „die wollten doch die Kinder haben.“ Auch Kinderlose hätten schließlich unter den Einschränkungen der Pandemie gelitten. Das wird niemand ernsthaft bestreiten, der fast schon beleidigte Ton aber wird nicht sehr weit führen.

Vor einigen Jahren brachte sich der Gründer Lukas Brosseder ins öffentliche Gespräch, als er für einen Single-Verband trommelte und unter anderem darüber klagte, dass der GEZ-Beitrag je Haushalt bezahlt werden müsse, egal, wie groß – noch so ein Nachteil. „Die Gesellschaft ist im Wandel, und sie sollte sich entsprechend darauf einstellen“, sagte Brosseder damals. Aber die Resonanz war mau, die Idee versandete, und Brosseder nutzt seine Energie heute lieber als CEO des Medizin-Start-ups Plus Dental.

Dabei gibt es Vorbilder, an die interessierte Nachahmer Brosseders anschließen könnten, wenn sie es denn wollten – Sylvia Locher wäre so eine. Sie führt den Verband Pro Single Schweiz. Und sie sagt: „Es wun-

dert mich in der Tat, dass es ein Pendant zu uns in Deutschland nicht gibt.“ Pro Single, gegründet vor 45 Jahren, hieß einst „Arbeitsgemeinschaft unverheirateter Frauen“, hat sich heute aber als Vertretung aller Geschlechter positioniert, die allein leben und, so die weitere Definition, nicht aus früheren Beziehungen Geld beziehen. Lochers Verband wird heute bei Gesetzesvorhaben mit Stellungnahmen angehört, sie selbst schreibt Bücher, mischt sich öffentlich ein.

Chefin Locher kann ebenfalls von ihrer Erfahrung erzählen, dass in der Politik niemand von sich aus an die Alleinstehenden denkt. Eine deutliche Mehrheit der schweizerischen Parlamentarier sei verheiratet, das präge die Wahrnehmung.

Umgekehrt müssen sich auch in Deutschland alleinstehende, kinderlose Spitzenpolitiker und -politikerinnen dafür wappnen, dass es zum Thema wird, wenn er oder sie von der vermeintlichen familiären Norm abweicht. Annette Schavan oder Peter Altmaier wissen, was das heißt.

Einmal, erzählt Locher, habe ein Politiker entwaffnend ehrlich zu ihr gesagt: „Mit Singles kann man keinen Staat machen.“

Wieso Singles trotz ihrer Zahl und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung so wenig politischen Rückhalt genießen? Locher glaubt: Weil fast niemand Single sein möchte. „Es gibt zwar viele, aber ihnen haftet ein Makel an. Für viele ist Single sein eine Zwischenstation, auf welcher man nicht lange verweilen möchte und schon gar nicht öffentlich dazu stehen.“ So fände man leider sehr wenige, die sich öffentlich dafür stark machen. „Wir haben sehr gut gebildete, äußerst wortgewandte und spannende Mitglieder – aber niemand will in unseren Vorstand. Unsichtbar bleiben heißt leider das Motto.“

Eine von der Sache überzeugte Lobbyistin wie Locher macht dies jedoch nur noch ehrgeiziger. Sie wirbt derzeit in Bern zum Beispiel für einen sogenannten Alleinstehendenabzug bei der Steuer, damit deren vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten in Zukunft endlich anerkannt werden.

Gäbe es schon so etwas wie Pro Single Deutschland, Buchautorin Gunda Windmüller könnte sich gut vorstellen, dort politisch aktiv zu werden. „Ich hätte Interesse, Verantwortung zu übernehmen“, sagt sie. „Aber es wäre nur ein Baustein von vielen.“

Was ihr Hoffnung macht: Auf ihr Buch bekommt sie regelmäßig viel Dankespost, manche würden sie für ihr Single-Manifest geradezu feiern. Das seien vor allem jüngere Frauen, erzählt Windmüller. „Vielleicht“, sagt sie noch, „wächst da eine Stimme heran, die die Politik nicht mehr ignoriert.“